

Liebe ähnlich denkende,
sehr geehrte anders denkende Damen*und Herren,

Wie sollen die natürlichen Lebensgrundlagen besser geschützt werden, wenn es nicht einmal dort geschieht, wo es ohne Verluste von Arbeitsplätzen möglich wäre?

Antrag 1

Die Stadt solle für das gesetzeswidrige und umweltschädliche Wegwerfen von Zigarettenkippen, so wie es in diesem Jahr mehrere Städte Nordrhein-Westfalens getan haben, anstelle von nichts fruchtenden Appellen und bloßen verbalen Ermahnungen, die Bußgelder drastisch erhöhen, um die vielen Freiheit missverstehenden Zeitgenossen endlich zur Vernunft zu bringen

Ein einziger Zigarettenfilter verunreinigt einen Liter Wasser so sehr, dass Fische nach 4 Tagen Aufenthalt darin verenden.

In früheren Zeiten wurde Brunnenvergiftung mit dem Tode bestraft.

Antrag 2

Die Laubbläser blasen den Abfall inkl. zahlloser Zigarettenfilter von einem Eck ins andere und in das Gesträuch hinein, wo sie angeblich den Boden verbessern, und wirbeln dabei gesundheitsschädlichen Feinstaub und krankheitserregende Mikroben von Pilzen und Hundekot auf.

Die Stadt möge bei der Bundesregierung eine Petition einreichen, die Gesetze so zu ändern, dass der Einsatz von Laubbläsern zumindest Privatleuten und Hausmeisterdiensten verboten werden kann, weil die Aufrufe und die Appelle des Bundesumweltministeriums an die Vernunft kaum etwas bringen.

Antrag 3

Unser Oberbürgermeister kämpft wie ein Löwe gegen die Mietpreisexplosion.

Jeder weiß, dass Grund und Boden nicht wie Zahnpasta beliebig vermehrt hergestellt werden kann.

Bauen, bauen und nochmals bauen, auch das von mehr Sozialwohnungen, verhindert nicht ein endloses Ansteigen der Grundstückspreise, weil die Grundstücke immer noch knapper werden.

A Die Stadt (und der Staat) sollen keine in ihrem Besitz befindlichen Grundstücke und Häuser mehr verkaufen, sondern nur noch im Erbaurecht vergeben. (Dann wird auch der Druck und das Interesse von ausländischen Immobilienspekulanten und der Zustrom von unter anderem Investoren, die ihr Schwarzgeld anlegen, nachlassen.)

B Die Stadt und der Staat sollen nach und nach möglichst viele Immobilien zurück erwerben, wie es der Artikel 15 des Grundgesetzes zum Wohl der Allgemeinheit erlaubt. (Die FDP will diesen Artikel streichen lassen. Ihr entsprechender Antrag wurde in diesem Jahr zumindest vorläufig abgelehnt.)

C Als Notmaßnahme sollen Neuvermietungen von Wohnungen nur noch in Verbindung mit einem Arbeitsplatz in München oder dem Nachweis, schon bisher in München gelebt zu haben, erfolgen dürfen.

D Die Stadt soll den bayerischen Staat dazu aufrufen, auch die oben genannten Maßnahmen zu ergreifen.

E Wenn gesetzlich möglich, Stopp der Genehmigung des Neubaus von zusätzlichen Bürogebäuden innerhalb Münchens.
